bringen, trainiert und psychisch gestärkt werden, damit sie weniger anfällig sind. Der Mensch soll sich im schneller drehenden Hamsterrad halten können.

Doch fällt er heraus, fällt er tief. Die seit etwa 2007 wieder steigenden Suizidraten, Burn-outs und andere zivilisatorische Symptomkrankheiten sind ein Hinweis darauf, dass ein kontinuierliches „Tuning“ des Menschen nicht nur artfremd ist, sondern die Würde des Menschen mit Füßen tritt. Die Entwicklung der schon länger steigenden Suizidraten bei Älteren, besonders bei Frauen, liegt in der Verachtung und sozialen Eiseskälte, mit der sich der alternde Mensch in unserem auf Leistung fokussierten Wirtschaftssystem konfrontiert sieht, bis hin bis zur Verkehrsplanung.[147]

Kommunale Kriminalisierung von Hoteliers zur kommunalen Profitsteigerung

Die Mehrheit des Gemeinderats Freiburgs war 2014 der Meinung, in der Stadt übernachtende Gäste getrost mit einer Tourismussteuer ohne wertige Gegenleistung zu belegen. Mit einer komplizierten Satzung wurde die Steuer eingeführt; das Geld sprudelt seither „dank“ eines betruggenerierenden

[147] Auf großen Strecken Verhinderung von Straßenquerungen für Mobilitätbehinderte (Kinderwagen, Gehwagen u. a.; exzessiv in Freiburg)

Kniffs. Obwohl nur volljährige Touristen steuerpflichtig sind, müssen alle Gäste, die über die Buchungsplattform der Stadt buchen, die Steuer entrichten. Betriebe, die anders bebucht werden, halten es wegen des Aufwandes und der Komplexität ähnlich. Selbst in der Jugendherberge, wo eigentlich bei den Gästen unter 18 Jahren eine Steuerbefreiung zu erwarten wäre, wird die Steuer einbehalten und abgeführt. So kassiert die Stadt jährlich zu Unrecht Steuern im sechsstelligen Bereich.

Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim[148] sprach 2015 die Hoteliers von Betrug frei, obwohl diese die Gelder trotz besseren Wissens von den Gästen kassierten: Der Hotelier ist nämlich nicht durch das grundgesetzliche Gleichbehandlungsgebot gebunden. So werden junge Leute rechtskonform „seriös“ um ihr Geld gebracht.

Die billigende Inkaufnahme zu Unrecht erhobener Steuern ist für die Stadt höchst effektiv; eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus ...

---

[148] VGH vom 11.6.2015, 2 S 2555/13: Lt. Absatz 136 sieht der Senat in der Aushebelung der Steuersatzung zum Nachteil des Gastes („dass dann auch berufliche Übernachtungen verteuert und damit auch Nicht-Steuerträger faktisch belastet werden“) durch Hoteliers deshalb kein Problem, weil ein Privatunternehmen „jedenfalls insoweit nicht durch Art. 3 GG gebunden“ ist.

Dr. Dieter Salomon, der als Oberbürgermeister die betrugsträchtige Übernachtungssteuer durchsetzte und 2018, durch sein desaströses Abwahlergebnis abgestraft, ein bundesweites Medienecho erfuhr, bekämpft sie heute als Hauptgeschäftsführer der IHK kraft Amtes! Honi soit qui mal y pense.

Gastgewerbe unter Generalverdacht

Fortlaufende, teils täglich mehrfache Protokollier- und minutiöse, detaillierte Aufzeichnungspflichten belasten den Arbeitsablauf im Gastgewerbe erheblich. Und teils willkürliche behördliche Umsetzungen rauben zunehmend „die Luft zum Atmen“ und die (innere) Qualität und Freude am unternehmerischen Handeln:

Unangekündigte Hygienekontrollen des Wirtschaftskontrolldienstes sind akzeptiert und dienen der Allgemeinheit wie letztlich auch der Branche. Anders das überraschende Anrücken von martialisch bewaffneten Zolleinheiten oder der Steuerfahndung, die binnen Minuten den laufenden Hotel- und Gastbetrieb auf den Kopf stellen und sogar Gäste mit in Kontrollen einbeziehen. Der Unternehmer wird wie ein Schwerverbrecher behandelt. „Was er angestellt hat? Vermutlich hat er sich lediglich für die falsche Branche entschieden“, resümiert der branchenkundige Journalist Thomas Hack und spricht von „behördlichen Schikanen“, denen die Unternehmer im

Gastgewerbe ausgesetzt sind. Einige Monate nach einer solchen traumatisierenden Erfahrung und psychischen Folgebelastung hat ein mir persönlich bekannter Besitzer eines florierenden Gasthofs weit vor dem Rentenalter den gastronomischen Bereich aufgegeben. In dieser Hinsicht wurden seitens des Staates alle Verbindungen zu Erhards Wirtschaftsverständnis gekappt.

Der Generalverdacht, dem das durch abwegige Vorschriften ohnehin gebeutelte Gastgewerbe untersteht, wurde 2018 noch verschärft durch die nach dem Zufallsprinzip durchzuführende sogenannte „Kassenschau“ der Finanzbehörde, die der Prüfer eigenhändig sofort in eine Vollprüfung ausweiten kann. Auch wenn solche staatlichen Übergriffe selten vorkommen, hängen sie wie ein Damoklesschwert über jedem, der im Gastgewerbe tätig ist. Der dadurch entstehende psychische Dauerdruck ist enorm. Dieser Umgang mit meist „kleinen“ Unternehmern ist nicht nur ein Beleg für den fehlenden Realitätssinn der Politik. Er belegt, wie wenig Wertschätzung Behörden und Politiker – entgegen ihrer Sonntagsreden – den Menschen in dieser ohnehin unter schwierigen Bedingungen leidenden Branche entgegenbringen.

Gastwirte haben heute aus staatlicher Sicht den Status, der früher „Zigeunern“ und dem fahrenden Volk zukam. Man unterstellt ihnen ein Maß an

Unehrlichkeit, das jeglicher wissenschaftlicher Erkenntnis[149] widerspricht. Doch damit lässt sich das Handeln des Staats trefflich rechtfertigen. Menschen sind ehrlicher als vermutet. Sie wollen sich als ehrliche Personen sehen, was gleichzeitig den Selbstwert hebt. Eine Schweizer Studie aus dem Jahr 2014[150] belegt aber auch, dass Menschen unehrlicher werden, wenn das System ihnen misstraut. Der Staat kann also das Feld gestalten, das er beackert, und entsprechend ernten.

Deutschland investiert nach wie vor in fossile Brennstoffe und Atomkonzerne

Ende 2018 übernahm der Bund EU-Vorgaben zum Risikomanagement von Pensionskassen in deutsches Recht, ließ aber die eigenen (staatlichen) Pensionsfonds außen vor. Nicht vereinbar mit dem Koalitionsvertrag fließen zig Milliarden an Investitionen in Konzerne, die mit fossilen Brennstoffen und Atomkraft arbeiten. Diese Vermögensanlagen widersprechen offen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Agenda 2030 sowie dem Pariser Klimaschutzabkommen[151]. Eine andere, politisch deutlich

---

[149] Schweizer Studie „Civic Honesty Around the Globe“, in: „Science“ vom 20.06.2019

[150] Universität Zürich, Institut für Volkswirtschaftslehre, Prof. Michel Maréchal

[151] Der Steuerzahler, 1/2-2019